

sich „um ein Erfolgsdelikt“. Bei Vollendung der Tat muß der Täter „bewirkt haben“, daß die sicherheitsempfindlichen Einrichtungen „außer Tätigkeit gesetzt worden sind“ — was wiederum nur der Fall ist, wenn die Einrichtung „den ihr gestellten öffentlichen Aufgaben nicht mehr nachkommen“ kann, wenn sie „stillgelegt oder in ihrer Funktion gestoppt“ ist.

Davon aber, daß der Verfassungsschutz in der Folge der Affäre Traube „ganz oder zum Teil“ seiner Funktionen verlustig gegangen wäre, ist nichts bekannt. Im Haftbefehl wird der Sabotage-Erfolg behauptet, aber nicht einmal andeutungsweise beschrieben. Weder der Generalbundesanwalt noch der BGH-Ermittlungsrichter erläutern, inwieweit das Bundesamt für Verfassungsschutz durch die Bekanntgabe seiner gesetzwidrigen und längst abgeschlossenen „Lauschoperation“ gegen Traube lahmgelegt worden sei.

Bleibe die Bundesanwaltschaft den Nachweis auch im Prozeß schuldig, so könnte der Angeklagte allenfalls wegen versuchter Sabotage verurteilt werden — sofern sich dann Vorsatz und verfassungsfeindliche Absicht nachweisen lassen. Auch das wird schwierig sein.

Was den Vorsatz angeht, so hat die Bundesanwaltschaft bislang nur so fragwürdige Hinweise geliefert wie jenen, daß Faust seinerzeit unter Zorn aus Verfassungsschutzdiensten ausgeschieden sei (Brief ans Amt: „Das, was mir in den letzten Wochen an Demütigungen von Ihnen widerfahren ist, werde ich nicht vergessen“); oder auch eine Bemerkung Fausts, er wolle durch ein neues „Dinglein“ das BfV „fertigmachen“ — der Satz bezieht sich auf den Plan für ein Buch über das Amt.

Einen weiteren Vorwurf reichten die Karlsruher Strafverfolger letzte Woche in einer Verlautbarung nach: Bei Faust seien außer Traube-Akten eine ganze Reihe weiterer BfV-Unterlagen sichergestellt worden — Dienstvorschriften, Organisationsverfügungen, Details über konspirative Amtswohnungen und über „Zahl und Honorierung geheimer Quellen“. Das werten die Ermittler offenbar als Indiz dafür, daß die unterstellte Weitergabe der Traube-Akten nur „Teilstück in diesem Gesamtplan“ sei — der sichtlich nach seinem Ausscheiden aus dem BfV verbiesterte Faust als Rächer von wahrhaft staatsgefährdendem Format.

Die verfassungsfeindliche Absicht des „Saboteurs“ wird bislang mit Faustens abgehörten Telefon-Kommentaren über die Bonner Politik sowie mit der kernigen Behauptung dargetan, der Beschuldigte habe mit Veröffentlichung der Traube-Akten den BfV-Präsidenten Richard Meier „als Repräsentanten dieser Behörde“ treffen wollen.

Gewollt oder nicht — getroffen hat er.

## KOHLE

### Paar aus dem Pütt

**Bis zu jenem fernen Zeitpunkt, an dem Westdeutschlands Kohle konkurrenzfähig und notwendig sein wird, müssen noch viele Subventions-Milliarden gezahlt werden.**

Am „runden Kohletisch“ im Zimmer 307 des Wirtschaftsministeriums pokerten letzten Mittwoch Bonns Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff und sein Finanzkollege Hans Apel gut zwei Stunden lang mit der vereinten Kohle-Lobby um viel Geld.



**Kohle-Förderer Schmidt**  
„Einen eigenen Beitrag leisten“

An jenem Tisch, an dem einst vor gut zehn Jahren Karl Schiller mit Kohleindustrie und Bergbaugewerkschaften um die rechte Energiepolitik, genauer: um milliardenschwere Staatshilfen gefeilscht hatte, traten auch diesmal Unternehmer und Arbeiterführer in bestem Einvernehmen auf.

Karlheinz Bund (Ruhrkohle AG) und Adolf Schmidt (IG Bergbau und Energie-Boß) schilderten beredt und kenntnisreich die desolante Lage der Reviere an Ruhr und Saar. Den heimischen Energieträger drücken

▷ auf Rekordhöhe gewachsene Halden von inzwischen über 33 Millionen Tonnen,

▷ Überkapazität von rund 15 Millionen Tonnen Jahresproduktion und

▷ steigende Verluste. Allein beim Branchengiganten Ruhrkohle fehlen in diesem Jahr rund 400 Millionen und 1978 voraussichtlich 600 Millionen Mark.

Nur schnelle Millionen-Hilfen aus den Steuerkassen von Bund und Bergbauländern, drängten die beiden Kohle-Kombattanten, könnten die brachliegenden Produktions-Reserven bis zum Tag ihrer vollen Auslastung über die Runden retten.

Nicht allein das ungleiche Paar aus dem Pütt, auch die Minister sitzen auf heißen Kohlen: An diesem Mittwoch nämlich will Helmut Schmidts Kabinettsrunde das im Herbst 1973 beschlossene Energieprogramm zum zweitenmal fortschreiben. Und diesmal, so nahm sich Lambsdorff in seinem Programmwurf vor, soll die „langfristig wichtige Rolle des deutschen Steinkohlebergbaus für die Sicherheit der Energieversorgung“ herausgestellt werden.

Erst auf ihren Parteitag in Kiel und Hamburg hatten die Bonner Regierungspartner den neuen Energiekurs zugunsten einer Vorrangstellung der deutschen Kohle vorgezeichnet.

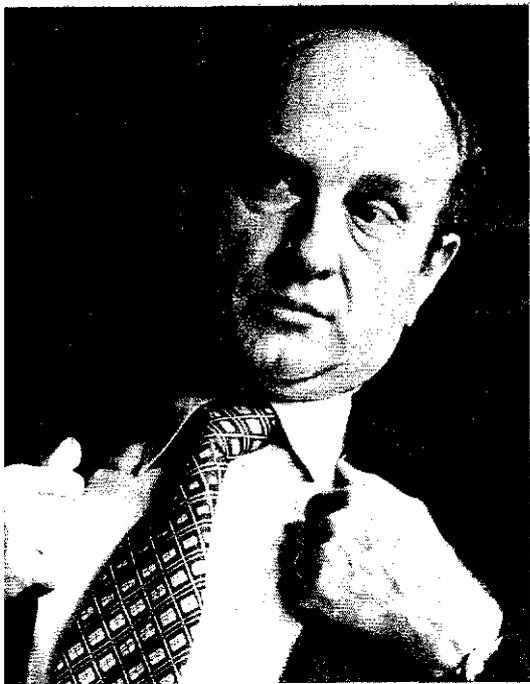
Die Reaktion kam unverzüglich, Kumpel-Führer und SPD-Fraktionsvize Adolf Schmidt verlangte sogleich, den verheißungsvollen Worten konkrete Taten folgen zu lassen: „Es geht darum, daß die Parteitagsbeschlüsse erlebte Wirklichkeit für unsere Mitglieder werden.“

Schon einmal, im Frühjahr, glaubten die Bonner, Ruhe an der Ruhr sei ihnen sicher. Damals nötigten sie die Stromkonzerne als Hauptkunden der Ruhrkohle zu einem Zehnjahres-Vertrag, der den Zechen einen sicheren Absatz von 33 Millionen Tonnen im Jahr garantieren sollte.

Die Stromfirmen versprachen, die gewünschten Mengen abzunehmen — obgleich Öl und Gas wegen der derzeitigen Energieschwemme deutlich billiger zu haben sind.

Doch die Absprache half nicht viel. Während Ruhrkohle-Vorstand Bund in den störrischen Strom-Männern seine vermeintlich brüchigste Absatzflanke stabilisierte, erlitt er an seiner zweiten Verkaufsfrent einen unerwartet jähen Einbruch. Die Montan-Manager von der Ruhr nahmen ihm für ihre Hochöfen nur noch knapp 19 Millionen Tonnen Koks ab — zwei Jahre zuvor, im Stahlboom-Jahr 1974, waren es noch fast 28 Millionen Tonnen.

Bei Ruhr-Kokshalden von 14 Millionen Tonnen und einer voraussichtlich langdauernden Strukturkrise der Hütten zogen Bund und Schmidt endlich die Notbremse. Im August beschlossen sie, fünf Kokereien mit einer Belegschaft von 1700 Kumpeln und einer



**Kohle-Förderer Lambsdorff**  
Jährlich eine weitere Milliarde

Jahresproduktion von fast vier Millionen Tonnen stillzulegen.

Nur mürrisch nahmen die Betriebsräte der Zechen den Schrumpfschluß hin. Erst als ihr Gewerkschaftsführer versprach, „es gibt keine Kapazitätsschnitte mehr“, willigten sie ein.

Unverzüglich begann Schmidt, in Bonn immerhin Kanzler-Vertrauter und Stellvertreter des SPD-Fraktionschefs Herbert Wehner, zusammen mit den Managern der Ruhrkohle neue Forderungen zu stellen: Auch sollten ungenutzte Anlagen durch klotzige Subventionen gesichert werden.

So will die Bergbau-Lobby eine Aufstockung der jährlichen Kokskohlen-Beihilfe von zur Zeit 400 Millionen auf fast eine Milliarde Mark durchdrücken. Die Erhaltung der gegenwärtigen Überkapazitäten soll eine Überbrückungshilfe von jährlich einer weiteren Milliarde Mark kosten — bis 1982.

Beide Subventionen sind kaum noch umstritten. Die Kokskohlen-Hilfe ist auch in ihrer Höhe kaum kontrovers. Lediglich von der zweiten Subventions-Milliarde wollen Lambsdorff und Apel die Hälfte streichen.

Schon heute wird jeder Arbeitsplatz im Bergbau mit durchschnittlich 20 000 Mark, jede geförderte Kohletonne mit 48 Mark von Staats wegen gefördert.

Allein die Hälfte der insgesamt vier Milliarden Mark wird durch den sogenannten „Kohlepennig“ angesammelt, mit dem die Stromverbraucher den Einsatz der im Vergleich zu den derzeit noch reichlich angebotenen konkurrierenden Energieerägern teuren Kohle in den Kraftwerken finanzieren.

Weitere Ausgabentitel im Subventionsetat von Bund und Ländern: „Schrumpfungslasten-Beihilfe“, Zinsen

und Lagerkosten für die „nationale Kohlenreserve“, Zuschüsse für Forschungsprojekte.

Vor allem der liberale Energieminister Lambsdorff hält den staatlichen Kostgängern vor, sie würden ohne Rücksicht auf Verluste fördern und zu wenige der staatlich subventionierten Feierschichten einlegen. Noch immer haben sich Zechenmanager und Betriebsräte nicht auf weitere Kurzarbeit im kommenden Jahr verständigt: Die Kumpel wollen sichergehen, daß ih-

nen künftig das allen anderen westdeutschen Arbeitern verweigerte Privileg erhalten bleibt, auch für ihre Feierstunden den vollen Lohn zu bekommen.

Für den Fall, daß Bonn die geforderten Millionen fließen läßt, hat der trickreiche Gewerkschaftsführer Schmidt Konzessionen „meiner Kundschaft“ angekündigt. Dann, meinte Schmidt letzte Woche, würden auch die Kumpel „in die Hände spucken und einen eigenen Beitrag leisten“.

## „Wir brauchen Hilfen“

SPIEGEL-Interview mit Ruhrkohle-Chef Karl-Heinz Bund

**SPIEGEL:** Herr Dr. Bund, über 33 Millionen Tonnen Steinkohle, mehr als ein Drittel einer Jahresproduktion, türmen sich an Ruhr und Saar auf Halde. Neben hohen Direktsubventionen von Bund und Ländern bringen die Stromverbraucher über den „Kohlepennig“ noch einmal zwei Milliarden für den Bergbau auf. Jetzt fordern Sie weitere Überbrückungshilfen. Zahlen die Bürger nicht in ein Faß ohne Boden?

**BUND:** Zunächst einmal müssen Sie von den 33 Millionen Tonnen zehn Millionen abziehen. Die nationale Kohlenreserve ist eine energiewirtschaftlich notwendige Bevorratung für künftige Notzeiten. Was den Kohlepennig angeht, so handelt es sich hierbei keinesfalls um eine Subvention für den Bergbau, sondern eine Umlage innerhalb der Elektrizitätswirtschaft für eine auch in Zukunft sichere Stromversorgung.

**SPIEGEL:** ... damit die Stromkonzerne ihre Kraftwerke mit Kohle anstatt mit billigerem Gas oder Öl befeuern. Ohne diesen Preisausgleich hätte Bonn ja wohl kaum auf die Elektrizitätswirtschaft politischen Druck ausüben können, dem Bergbau auf zehn Jahre jährlich durchschnittlich 33 Millionen Tonnen Kohle abzunehmen.

**BUND:** Ich würde das nicht politischen Druck nennen. Unsere Energiepolitiker gingen einfach davon aus, daß wir eine bestimmte Menge Steinkohlenstrom haben sollten, und forderten Bergbau und Stromerzeuger auf: einigt Euch. Anderenfalls wären sicherlich im politischen Raum andere Lösungen erwogen worden.

**SPIEGEL:** Nun fordern Sie ja für die am 14. Dezember vom Bundeskabinett zu beratende zweite Fortschreibung des Energieprogramms zusätzlich zu den bisherigen Hilfen weitere Bonner Subventionen von mehreren hundert Millionen Mark. Wofür?

**BUND:** Wir brauchen diesen Beitrag des Staates, um die zur Zeit bestehenden Überkapazitäten bis zu dem Augenblick zu erhalten, in dem wir unsere gesamte Fördermenge wieder absetzen können. Was diese Vorhaltung kostet, ist in den Preisen nicht unterzubringen. In der Stromwirtschaft ist dieses Prinzip im übrigen eine Selbstverständlichkeit. Hier gibt es ja zur Zeit ebenfalls erhebliche Überkapazitäten, die die Stromproduzenten sich voll vom Verbraucher bezahlen lassen, was wir auch für vernünftig halten.

**SPIEGEL:** Die Differenz zwischen der technisch möglichen Produktion des deutschen Bergbaus von 94 Millionen Tonnen und dem diesjährigen Absatz von nur 79 Millionen ist allerdings erheblich.

**BUND:** Wenn die Energiepolitik darauf Wert legt, daß die deutsche Kohle aus Gründen gesicherter Energieversorgung ihre Position gegen andere Energieträger behauptet, dann muß man auch den Preis dafür bezah-



**Ruhrkohle-Chef Bund**  
„Ich würde das nicht Druck nennen“